



## Mach mit beim Ostermarsch '82



### Ostermarsch 1963

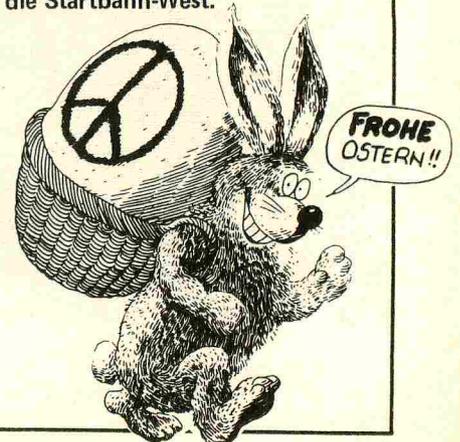
In den 60er Jahren zog der Ostermarsch der Atomwaffengegner mehrmals durch Mörfelden. Zu den Fotos: Von Darmstadt kommend ziehen die Demonstranten durch die Langgasse ins Volkshaus. Am Volkshaus werden sie von Pfarrer Kurt Oeser und dem DGB-Ortskartellvorsitzenden Artur Siegel begrüßt.

**Auch beim Ostermarsch gegen die Startbahn-West demonstrieren!**

Im ganzen Bundesgebiet finden Ostern 1982 wieder Ostermärsche statt. In Hessen ist folgender Ablauf vorgesehen: Zentrale Veranstaltung am Ostersonntag, 11.4.1982, um 17 Uhr auf dem Frankfurter Römerberg, Paulsplatz. Von vier Punkten aus wird morgens (Beginn mit Auftaktkundgebungen) marschiert; Ausgangspunkte sind die Städte **Walldorf** (8.00 Uhr) und **Offenbach** (9.00 Uhr) sowie die **Frankfurter Stadhalle Bonames und Höchst** (jeweils 9.00 Uhr). Angebunden an den Frankfurter Sternmarsch sind weitere Märsche aus **Kassel, Gießen, Wiesbaden, Mainz, Koblenz, Darmstadt, Aschaffenburg, Fulda** und eine Fahrraddemonstration aus dem Raum **Marburg** (Beginn: 9.4.1982, 9.00 Uhr).

Die Teilnehmer aus Mörfelden-Walldorf treffen sich am Ostersonntag, den 11. April 1982, um 8.00 Uhr am Bahnhof in Walldorf.

Wir demonstrieren gegen neue Atomraketen, gegen die Erweiterung der US-Air Base und gegen die Startbahn-West.



# Auf zum Ostermarsch

Die Völker Europas sind aufs Höchste bedroht!  
Deshalb rufen wir auf zum Ostermarsch und fordern:  
– Gemeinsam gegen die atomare Bedrohung Europas!  
– Keine neuen atomaren Mittelstreckenraketen in unserem Land!  
– Entspannung und Abrüstung in Ost und West!  
– Statt Kürzungen im sozialen Bereich Senkung der Rüstungsausgaben!

Viele tausend Bürger unseres Landes haben bereits den Aufruf zum Ostermarsch 1982 unterschrieben. Wie in den 60er Jahren sind auch aus unserer Stadt wieder viele Bürger dabei.

Unser Land ist eines der größten Heerlager und Waffendepots der Welt. Die zusätzliche Stationierung neuartiger Atomraketen kann zu einem atomaren Krieg in Europa führen, der alles Leben auslöscht. Die Verschwendung riesiger Geldsummen und Rohstoffmengen vergrößert täglich den Hunger und das Elend in der Welt. Auf diese Weise tötet die Rüstung schon im „Frieden“ täglich Tausende, vor allem in der Dritten Welt.

Die enormen Rüstungsausgaben verfestigen auch in unserem Land die ökonomische Krise. Sozialer Fortschritt wird behindert, unmöglich gemacht, ja zurückgedreht. Dies zeigt sich gegenwärtig besonders bei den allgemeinen Sparmaßnahmen im sozialen Bereich, bei gleichzeitigem Lohnabbau sowie steigender Arbeitslosenzahl.

Wo starrsinnig an Aufrüstung, an Startbahnprojekten und Atomprogrammen festgehalten wird, werden die Lebensinteressen der Bevölkerung nicht ernst genommen. Eine solche Politik fügt nicht nur der Umwelt, sondern auch der Demokratie Schaden zu.

Vor allem die Friedensbewegung hat mit zahlreichen Aktionen gegen diese Politik protestiert und demonstriert. Millionen Bürger europäischer Staaten haben durch ihre Aktionen erreicht, daß nun in Genf Verhandlungen über Mittelstreckenraketen in Europa aufgenommen worden sind. Leichtfertig wäre es jedoch, auf einen selbstverständlichen Erfolg dieser Verhandlungen zu hoffen, wie manche es tun.

Jetzt kommt es darauf an, den Verhandelnden deutlich zu machen, daß wir ein baldiges konkretes Ergebnis von ihnen erwarten:

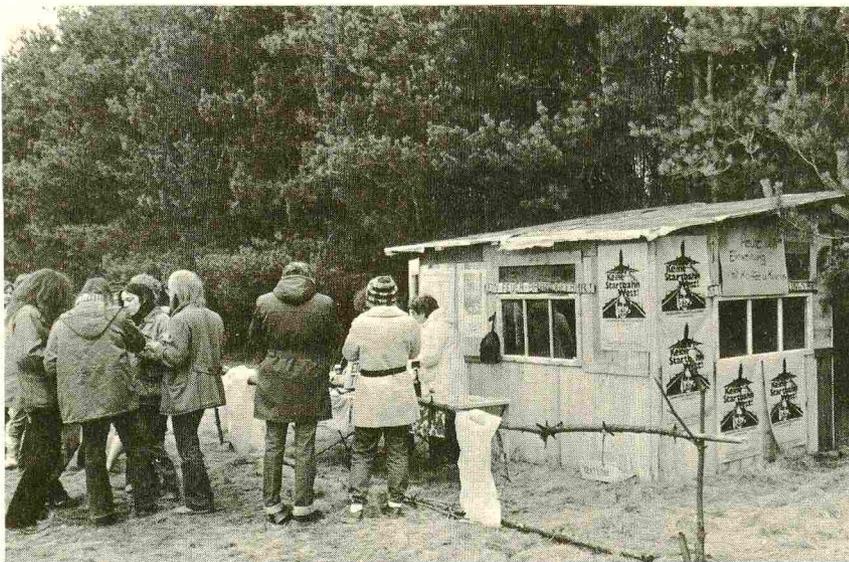
- In Europa dürfen keine neuen Mittelstreckenraketen stationiert werden!
- Zusätzlich müssen ernste Anstrengungen unternommen werden, um zu einer umfassenden Abrüstung in Ost und West zu kommen!
- Die Produktion der Neutronenbombe muß gestoppt werden!

Zur Entspannung und Abrüstung gibt es für uns keine Alternative. Deshalb müssen wir neue Erhöhungen der Rüstungsausgaben verhindern. Das macht unser weiteres Engagement zwingend erforderlich. Dazu müssen weitere aktive Bürger in großer Zahl gewonnen werden.

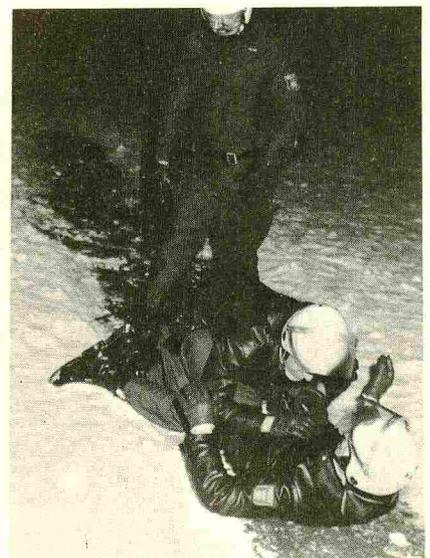
Wir wollen die Erfahrungen und Traditionen der 60er Jahre aufgreifen und Ostern 1982 einen Ostermarsch in Frankfurt am Main durchführen.

**Schirmherr:** Dr. Martin Niemöller

**Sprecherkreis:** Manfred Coppik, MdB, Offenbach; Heiner Halberstadt, Personalrat, Frankfurt/M.; Dr. Kurt Oeser, Pfarrer, Mörfelden; Willi van Ooyen, Landesgeschäftsführer der DFU Hessen, Frankfurt/M.; Benno Pörtner, Vorsitzender des hessischen Jugendrings, Taunusstein; Wolfgang Schrank, Vorstand Frankfurter Jugendring, Frankfurt/M.; Sepp Sigulla, Gewerkschaftssekretär, Hanau; Christa Springe, Pfarrerin, Mainz; Horst Stuckmann, Pfarrer, Neu Isenburg; Prof. Johannes Uthoff, Rektor der Fachhochschule Frankfurt/M;



*Eine neue Hütte der Bürgerinitiative entstand am Weg zur Startbahn-Trasse. Hier gibt es wieder Getränke, Kaffee und Kuchen und die neuesten Informationen.*



*„Lustig ist das Zigeunerleben...“  
Ein Foto vom Februar. Gelangweilte Polizisten balgen sich im Flughafen-Wald.*

# Rhein-Main im Zugriff der US-Militärs

Die „Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung“ legte eine Studie vor, in der die militärischen Hintergründe der Startbahn-West bezweifelt werden. Harald Müller, einer der Autoren, meinte jedoch schon bei der Vorstellung der Studie: „Wir räumen ein, daß das Gewicht anders gewesen wäre, wenn der Report 2 bis 3 Monate später erschienen wäre!“.

Auch im Bericht selbst wird eingeräumt, daß „ein Restzweifel“ nicht auszusräumen sei, da das Ergebnis der Studie unter dem „Vorbehalt unvollständiger Information“ stehe.

## Ohne die US-Air Base würde der Wald noch stehen

Die Autoren der Studie meinen, daß es am Frankfurter Flughafen im Krisenfall „sogar Überkapazitäten“ gäbe, da dann der zivile Flugverkehr ruhe. Daraus folgern sie vereinfacht, daß es kein militärisches Motiv für die Startbahn-West gäbe. Allerdings betonen sie ausdrücklich, daß der Wald auf der Startbahn-Trasse noch stehen würde, wenn es die US-Air Base nicht gäbe. In der Studie heißt es hierzu:

„Aufgrund ihrer Rechtsstellung konnte die Air Base die ursprünglichen Pläne der FAG abweisen, die Start- und Landeskazität durch eine Verschiebung der zweiten Parallelbahn nach Süden zu erweitern. Weder waren die Amerikaner zur Kostenübernahme oder -beteiligung bereit, noch wollten sie die zeitweilige Beeinträchtigung der Funktionsfähigkeit der Air Base in Kauf nehmen, die durch den Umbau unvermeidlich geworden wäre. In diesem Sinne kann man davon sprechen, daß der Bau der Startbahn-West „militärische Ursachen“ habe: weil der Widerstand der Militärs einfachere und überzeugendere Lösungen verhindert hat.“

Während die Air Base den Eingriff der FAG in ihre militärischen Anlagen erfolgreich abwehren konnte, gibt ihr das neue deutsch-amerikanische Abkommen, das nun zur Unterzeichnung ansteht, erweiterte Zugriffsrechte auf die zivilen Flughafeneinrichtungen im Falle einer europäischen Krise.“

Bei der Beschreibung dieser Abkommen enthüllt die Studie erschreckende Details. So heißt es, daß die Air Base im Krisenfall das Kommando über die gesamten zivilen Einrichtungen des Flughafens übernehmen wird. Dazu werden jetzt schon Umrüstungen des Zivlflughafens vorbereitet, die eine War-

tung und Abfertigung von Militärmaschinen ermöglicht.

## US-Air Base soll erweitert werden!

Gleichzeitig ist die Erweiterung der US-Air Base und die Einrichtung von weiteren Munitions- und Materialdepots der US-Streitkräfte vorgesehen. Dazu braucht man keine langwierigen Verfahren, keine Planfeststellung, keinen Flächennutzungsplan.

Die Autoren beschreiben es nüchtern: „Es ist verschiedentlich darauf hingewiesen worden, daß ein eventueller Erweiterungsbedarf der Air Base in einem Verfahren zu decken wäre, das gegenüber dem der zivilen Erweiterung wesentlich weniger Aufwand bedeute. Dieser Hinweis trifft zu. Das Luftverkehrsgesetz, Paragraph 30, 1, schließt Militär-Flugplätze für Bundeswehr und NATO-Alliierte ausdrücklich vom normalen Planfeststellungsverfahren nach Paragraph 8 Luftverkehrsgesetz aus. Die Luftverkehrsbehörden werden durch das BMVG ersetzt (Paragraph 30, 2); die Neubeschaffung von Grund und Boden erfolgt nach dem Landbeschaffungsgesetz (Paragraph 30, 3). Laut Artikel 48, Zusatzabkommen, haben die NATO-Truppen Anspruch auf Deckung des Liegenschaftsbedarfs, dieser muß den deutschen Behörden regelmäßig gemeldet werden. Das Gesetz zum Truppenstatut verweist in

Paragraph 20 wie das Luftverkehrsgesetz auf das Landbeschaffungsgesetz von 1957. Laut Landbeschaffungsgesetz führt das Bundesverteidigungsministerium das Verfahren. Zu Grundstücksbeschaffungsvorhaben hat es die Landesregierung zu hören. Die Landesregierung muß bei ihrer Stellungnahme Gesichtspunkte der Raumordnung berücksichtigen und der jeweils betroffenen Gemeinde (nicht einzelnen Betroffenen) Gehör gewähren. Das Bundesverteidigungsministerium kann bei seiner Entscheidung (die der Planfeststellung vergleichbar ist) von der Position der Landesregierung abweichen, wobei keine Einspruchsmöglichkeiten gegeben sind (Paragraph 1, 2 und 1, 3).“

Bei der Studie wird deutlich, wie weit die Kriegsvorbereitung der USA bereits gediehen ist.

Im Krisenfall will der „Weltgendarm“ USA seine Divisionen mit der „strategischen Lufttransportflotte“ aber auch mit 342 beschlagnahmten Flugzeugen der zivilen amerikanischen Luftfahrtgesellschaften über den Atlantik bringen. Dafür sind aber auch 388 Passagier- und Frachtflugzeuge der europäischen NATO-Staaten vorgesehen.

Damit diese gewaltige Luftflotte operieren kann, denkt man daran, „Bundesautobahnen als Hilfslandeplätze“ zu benutzen. Und dafür braucht man auch die neuen Flughafenskapazitäten, die bereits 1978 im NATO-Langzeitprogramm beschlossen wurden. Und dafür braucht man letztlich auch die Startbahn-West!

Rudi Hechler



Immer mehr Bürger aus unserer Stadt treffen sich sonntags an der Startbahn-Mauer. Widerrechtlich gezogene Gräben werden zugeschippt, man zeigt, daß man noch da ist. Die Polizei, die mit Wasserwerfer und Tränengas schnell zur Hand ist, beteiligt sich auch aktiv am Steine- und Knüppelwerfen (unser Bild).

# Der „Rotstift“ trifft die Falschen!

Die Bundesrepublik steckt in einer tiefen Krise. Das pfeifen die Spatzen von den Dächern, das weiß jeder Bürger, ob Jüngling oder Greis. Täglich lesen wir in den Zeitungen von Betriebs-schließungen, Konkursen, Personalab-bau. Die Firmen Kreidler, Magirus, Cal-tex, Enka Kassel, Adler-Werke, VDM, BBV in Hanau mögen stellvertretend genannt werden für all die Hunderte von Betrieben und Büros, die Personal abbauen oder ganz dichtmachen. Bei den Arbeitslosen ist die Zwei-Millionen-Grenze schon keine Grenze mehr, sie ist real überschritten. Dies drückt auf die Kassen der öffentlichen Hand. Doch anstatt ein wirkungsvolles Arbeitsbe-schaffungsprogramm zu entwickeln, anstatt die Finanzsituation der öffent-lichen Haushalte durch Abbau von Steu-erprivilegien und Subventionen der Industrie in den Griff zu bekommen, sucht man den Sozialetat zu kürzen und neue Belastungen für die Arbeitnehmer zu finden. Das reicht von der Erhö-hung der Arbeitslosenversicherung, Mehrwertsteuer über den Abbau von Leistungen im sozialen Sektor. Die Arbeitslosen werden als Drückeberger der Nation abgestempelt, und man will über die Zumutbarkeitsregelungen auch ihr Recht auf Unterstützung be-schneiden, das sie sich durch Beitrags-zahlung erworben haben. Darüber hinaus will man die Lohnrun-de '82 zur weiteren Kraftprobe mit der Arbeiterschaft machen. Die bis-her abgeschlossenen Lohnstarife liegen weit unter der Preissteigerung des letz-ten und sicher auch des kommenden Jahres. Die Rationalisierungseffekte (Zweidrittel der Investitionen der Industrie flossen in Rationalisierun-gen) sind erst gar nicht berücksichtigt. Täglich hört und liest man das Lamen-to, wir hätten „über unsere Verhält-nisse gelebt“, „müßten den Gürtel jetzt enger schnallen“. Doch bleibt die Frage, wer denn über die Verhält-nisse lebte. Derjenige, der durch seiner Hände Arbeit den Lebensunterhalt verdient, doch sicher nicht. Die Ar-beiter und Angestellten waren doch noch nie auf Rosen gebettet. Einen weiteren Schlag versetzt die Stadt den gebeutelten Haushalten. Gebührenerhöhungen liegen auf dem Tisch. Man weiß, daß in diesem Jahr die Kreismüllgebühr auf 35 Mark pro

Kopf steigt. Die Stadt will die Bestat-tungsgebühren schon wieder drastisch erhöhen. Ebenso liegt ein Antrag zur Erhöhung der Kindergarten- und -hortbeiträge vor. Bei letzterem An-trag zeichnet es sich aber ab, daß der Magistrat und die SPD zunächst kalte Füße bekommt. In den Ausschußsit-zungen im März wurde der Antrag zurückgestellt. Man will nun neue Ar-gumente für die Erhöhung zusammen-tragen. Unsere Gegenargumente ha-ben wir aber schon jetzt dargelegt. In-

nerhalb von zwei Jahren kann man keine Beitragserhöhung von über 16 % vornehmen. Die Lohn- und Gehalts-erhöhungen sind in diesem Zeitraum weit darunter geblieben. (Real ist so-gar die Kaufkraft zurückgegangen.) Wir fordern, daß endlich ein Landes-kindergartengesetz verabschiedet wird, damit ein Teil der Personalkosten vom Land übernommen wird. Dies ist in an-deren Bundesländern doch auch mög-lich. Es ist bequem für die Stadtver-waltung, den Weg über Gebühren-, Beitrags- und Steuererhöhungen zu gehen, um die Stadtkasse liquide zu halten. Doch damit muß endlich Schluß sein. Der „kleine Mann“ zahlt genug Steuern. Man muß diese Mit-tel nur richtig, d.h. im Sinne der Mehrheit der Bevölkerung, einsetzen.

Rudolf Dötsch

**Beruf wegwerfen? Wanderarbeiter werden?**

## Nicht zumutbar!

**Bei Opel in Rüsselsheim wurden in den letzten beiden Jahren fast 9.000 Ar-beitsplätze vernichtet. Und schon erreichen uns neue Hiobsbotschaften. Wei-tere tausende Arbeitsplätze stehen in Rüsselsheim auf der Kippe, in Raunheim sind 500 Caltex-Arbeitsplätze gefährdet. Enka, VDM und Adler sind keine Einzelfälle geblieben. Die Entlassungswelle läuft weiter. Rechnen wir die übliche Dunkelziffer hinzu, dann haben wir es allein in Hessen mit 225.000 Arbeitslosen zu tun.**

Was darf man den zwei Millionen Menschen zumuten, die auf den Arbeitsämtern als Arbeitslose erfaßt sind? Was darf man ih-nen zumuten — den drei Millionen, die tat-sächlich arbeitslos sind, den Millionen, die insgesamt von der Massenarbeitslosig-keit im Lande betroffen sind? Sie sollen Arbeit annehmen, die ihren Fä-higkeiten nicht entspricht. Sie sollen auf minderbezahlte Arbeitsplätze geschoben werden, auf unabwehrbare Zeit verurteilt, weniger zu verdienen. Sie sollen hin- und hergeschoben werden im Land — ähnlich wie die Wanderarbeiter in den USA, die den knappen Jobs nachjagen. Immer unter der Drohung, daß ihnen das bißchen Geld gestrichen wird. Die Millionen sollen ihre Bildung und Ausbildung verleugnen, ihre langen Lehrjahre vergessen, ihre Berufser-fahrungen über Bord werfen — alles weg-werfen, was sie zu geachteten Persönlich-keiten gemacht hat. Ihnen wird schon die Arbeitslosigkeit zugemutet, das Recht auf Arbeit verwehrt — jetzt wird ausgerechnet diesen Millionen Menschen ohne Arbeit noch die Abqualifizierung zugemutet. Von wem eigentlich? Was arbeitslosen Menschen zugemutet werden darf, das brü-ten die Leute in den Chefsesseln aus, in den lederbeschlagenen Büros, sie grübeln abends in ihren Bungalows oder Clubs. Die Leute mit den 10.000er-DM-Bezügen oder den 100.000er-DM-Einkommen oder den Millionen-DM-Vermögen — sie grü-beln, wie an arbeitslosen Menschen noch Geld gespart werden kann. Und sie ent-

scheiden, daß arbeitslose Menschen und ihre Familien noch Geld sparen können. Allein das schon ist für Arbeiter und An-gestellte und ihre Familien unzumutbar! Und unzumutbar ist für qualifizierte Men-schen, für tüchtige Facharbeiter, intelli-gente Frauen und Männer in den Werkstät-ten und Büros, sich abqualifizieren zu las-sen — und das von Leuten, die das Millio-nenelend verschulden. Unzumutbar sind Verhältnisse, in denen das möglich ist. Unzumutbar ist eine solch zynische Politik. Wenn wir uns dagegen wehren, wenn wir mit den Gewerkschaften diese Zumutun-gen zurückweisen, wenn Initiativen von Arbeitslosen entstehen und Belegschaften um ihre Arbeitsplätze kämpfen — dann geht es um die Existenz von Millio-nen und auch um ein ehrenhaftes Leben, das nur zu sichern ist, wenn wir alle uns gegen die Zumutungen dieses Systems, gegen dieses System wehren.

**unsere zeit**  
Die Zeitung der arbeitenden Menschen — Zeitung der DKP  
5. Jahrgang Nr. 136

Schon mal  
gelesen?

**UZ**

## „Freie Marktwirtschaft“: Frei von Arbeit

Arbeitslosigkeit gefährdet die Existenz von Menschen. Arbeitslosigkeit – das heißt auch seelische Not und menschliche Verzweiflung.

Das alles ist schlimm genug. Aber es ist noch nicht alles.

Neben den menschlichen Schicksalen einher geht die Vernichtung wirtschaftlicher Werte.

Seit 1973 ist nach gewerkschaftlichen Berechnungen durch nicht geleistete Arbeitsstunden jährlich ein volkswirtschaftlicher Schaden von 55 Milliarden DM entstanden. Jahr um Jahr ein Verlust von 55 Milliarden DM – weil Menschen unseres Landes, die arbeiten wollen und um ihrer eigenen Existenz willen arbeiten müssen, nicht arbeiten dürfen. Die Gewerkschaften haben ausgerechnet: 400.000 Wohnungen hätte man mit diesem Geld jedes Jahr bauen können. Oder: Die Renten aller Arbeiter und Angestellten hätten um 50 Prozent erhöht werden können.

Welch ein System ist das, das nicht fähig ist, den Menschen Arbeit zu geben! Welch ein System, das Jahr um Jahr volkswirtschaftliche Werte vernichtet! Dann aber hingeht und von den Ärmsten noch Geld nimmt!

Welcher Name auch immer gefunden wurde, ob „freie Marktwirtschaft“ oder ein anderer. Es ist das kapitalistische System. Und dieses System gefährdet die Existenz der Menschen, zerstört Menschen und die menschliche Würde und vernichtet zudem Werte in Milliardenhöhe.

Deshalb sagen wir Kommunisten: Ein System, das im wahrsten Sinne des Wortes Menschen abschreibt und nicht mehr braucht, verdient von den arbeitenden Menschen abgeschrieben zu werden, denn es wird von ihnen nicht mehr gebraucht.

## Sterben wird teurer

Bei der letzten Stadtverordnetenversammlung ging es wieder einmal um Gebührenerhöhungen. Die Friedhofs- und Bestattungsgebührenordnung (so heißt es im Amtsdeutsch) wurde in einigen Positionen um bis zu 100 Prozent heraufgesetzt. DKP-Fraktionsvorsitzender Rudi Hechler wies auf die Resolution hin, die die Stadtverordnetenversammlung erst Anfang des Jahres einstimmig faßte, und die die Landes- und Bundesregierung auffordert, die Finanzmittel der Kommunen zu stärken. Das steht nun in eklatantem Widerspruch zu der jetzigen Gebührenerhöhung, wo der Bevölkerung wieder eine weitere Last auferlegt wird. Gerade jetzt, wo Lohnabschlüsse weit unter der Inflationsrate getätigt werden, darf die öffentliche Hand nicht Preistreiber sein.

Interessant ist noch anzumerken, daß die Grünen Bürgerliste nicht geschlossen abstimmte. Zwei ihrer Abgeordneten schlossen sich der Ablehnungsfront an.

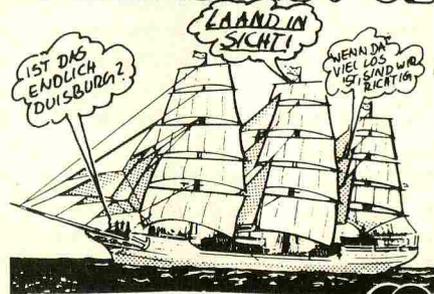
## Bundesrepublik: Hohe Jugendarbeitslosigkeit

Anfang März '82: Die Zahl der Arbeitslosen ging nur geringfügig zurück. Die Zahl der Kurzarbeiter stieg weiter an. 1.935.316 registrierte Arbeitslose. 587.159 Kurzarbeiter in 18.683 Betrieben der Bundesrepublik. Erneut verwies das Institut für Arbeitsmarktforschung auf die Tatsache, daß weitere 575.000 Arbeitslose – darunter vor allem Frauen – nicht mehr registriert sind. Ebenso sei die Zahl der arbeits- und lehrstellensuchenden Jugendlichen um mindestens 120.000 höher als die offizielle Statistik ausweise. Besonders betroffen sind Jugendliche unter 20 Jahren: Anstieg der Arbeitslosigkeit um 59,3 Prozent.

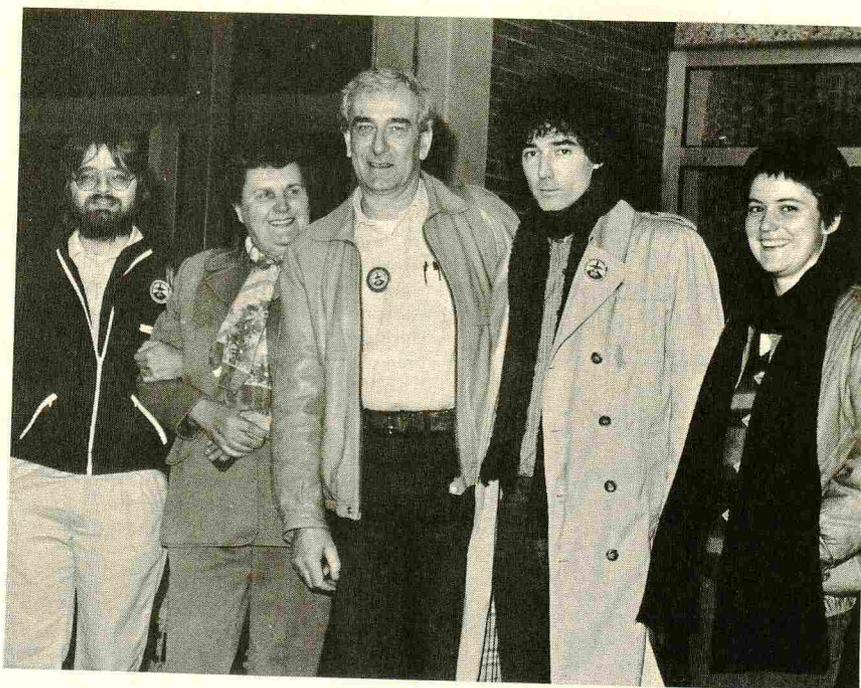
### „Do kimmt de Allerscheenste“

Dies meinte ein Rentner, als Alfred Dregger mit großem Gefolge durch Rüsselsheim lief. Während man schon recht ordentlich mit Trillerpfeifen auf Gries, Hoffie und Börner wartet, wenn sie im Lande auftauchen, wird „Django Dregger“ noch vergessen. Nicht vergessen sollte man, Dregger und seine CDU würden in ihrer Kapitalhörigkeit das Startbahn-Projekt noch wesentlich brutaler durchsetzen.

### ...tschüs bis zum VOLKSFEST '82



18.-20. Juni, Duisburg,  
Wedau-Stadion



Startbahn-West-Gegner sind zu einem Solidaritätsbesuch nach Japan geflogen. Sie erwidern damit den Besuch von japanischen Bürgern, die im vergangenen Jahr das Hüttendorf besuchten. Die Delegation (von links): Herbert J. Oswald, BI-Walldorf; Dina Scherber, von der Küchenbrigade; Günter Meinke, BI-Mörfelden; Manfred Mohl und Petra Grohmann, BI-Neu Isenburg.



## Polen-Solidarität der DKP

Drei LKW's, beladen mit Medikamenten und Proteinen für Kindernahrung fuhren vor einigen Tagen nach Warschau. Organisator der Solidaritäts-Aktion: Die Deutsche Kommunistische Partei. Die Medikamente und die Eiweißstoffe waren für die Warschauer Universitätsklinik, die um diese Hilfe gebeten hatte.

An den LKW's Transparente: „Solidarität mit dem sozialistischen Volkspolen.“ Es ging nicht um humanitäre Hilfe allein — es ging auch um die Solidarität mit denen, die in Polen den Sozialismus verteidigen und entwickeln wollen.

Denn es gibt ja viele, die heute Hilfsaktionen organisieren. So manche Aktion dient auch als Mittel, sich in die inneren Angelegenheiten der Volksrepublik Polen einzumischen.

Der erste Eindruck bei Überschreiten der Grenze auf der über 500 km langen Fahrt durch Städte und Dörfer und auch in Warschau: Polen ist kein Land, das grau in grau danieder liegt. Es ist ein sozialistisches Land mit vielen Errungenschaften, um die hier bei uns erst noch gerungen werden muß. Zum Beispiel das Gesundheits-

wesen. Da waren pro Patient doppelt so viele Ärzte, wie es bei uns in einer Universitätsklinik der Fall ist. Der mitreisende Arzt war beeindruckt, wie intensiv man sich in dieser großen Klinik um Patient und Mensch kümmert. Wir fuhren durch ein neugebautes Warschau, in dem die restaurierte Altstadt harmonisch in große, neuerrichtete

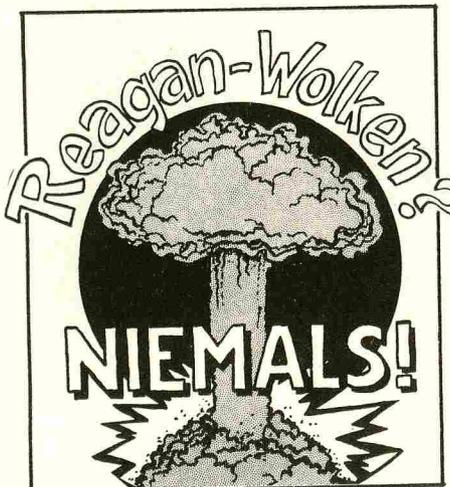
Wohngemeinden eingebettet ist. Wir sahen — vor allem in den westlichen Gebieten Polens — große staatseigene Landwirtschaftsgüter, die mit modernen Maschinen bearbeitet wurden. Wir sahen auch Schlangen vor Läden, vor allem vor Tankstellen. Aber nicht vor Lebensmittelläden, die relativ gut ausgestattet waren. Da der schwarze Markt verschwunden ist, ist die Versorgung mit Fleisch, Gemüse, Obst stark verbessert.

In den Gesprächen in der Klinik, mit Vertretern der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, mit Leuten auf der Straße stellte sich heraus: Seinen normalen Rhythmus hat das Land noch nicht gefunden. Zu vieles ist noch ungeklärt: Der Materialfluß in den Betrieben, die Lösung der Landwirtschaftsprobleme, die Normalisierung des politischen Lebens. Aber eins ist klar: All das geht nicht mit weniger Sozialismus, sondern nur, wenn die sozialistischen Errungenschaften verteidigt werden, wenn der Sozialismus in Polen sich allseitig entwickelt. Einer solchen Entwicklung diene die Solidaritätsaktion der DKP.

## Stadtpark für Startbahn?

Ein Umweltverbrechen ist mit der Abholzung der Schneise für die Startbahn-West geschehen. Die Schäden bedeuten Klimaveränderung, Grundwasserabsenkung, Luftverschmutzung und Lärm. Sie sind nicht gutzumachen. Das weiß jeder engagierte Bürger unserer Stadt und das wissen auch die Verantwortlichen in den Vorstandsetagen der FAG und den Ministerien in Wiesbaden. Allein die rechnerische Addition der verschiedenen Aufforstungsflächen in unserer näheren und weiteren Umgebung werden den entstandenen Schaden nicht ausgleichen. Ein Grundstück mit Baumanpflanzungen ist nicht gleich Wald im Sinne der Ökologie. Bis aus diesem Areal ein Wald wird, vergehen etliche Jahrzehnte. In der Umweltverträglichkeitsbewertung des Wiesbadener „Schneider-Ministeriums“ stand denn auch mehrmals, daß man diesen Waldverlust auch nicht annähernd ausgleichen könne, daß die Kommunen aufgefordert seien, Aufforstungsflächen zu benennen, die die FAG dann in Wald umzuwandeln hätte. Damit hatte man den schwarzen Peter wieder bei den Betroffenen. „Wir würden ja gerne aufforsten“, so hört man von der FAG, „doch die betroffenen Gemeinden stellen sich stur“. Die CDU hat einen Antrag gestellt, der die Ausweisung von Gelände zwischen Mörfelden und Walldorf westlich der Bahnlinie als Aufforstungsfläche bzw. Stadtpark vorsieht. In der Tat eine heikle Angelegenheit. Diese Fläche zeigt sich heute überwiegend als Brachland. Im Sinne der Städtefusion, der städtebaulichen Planung (Architektenwettbewerb, Kanalverbund) sollte die Stadt hier einmal zusammenwachsen. Die DKP sprach sich schon früh gegen das Betonieren des

Geländes zwischen den beiden Stadtteilen aus. In unserem Kommunalwahlprogramm von 1977 formulierten wir: „Unserer Meinung nach könnte im Gebiet zwischen Walldorf und Mörfelden einmal eine große Park- und Erholungslandschaft mit Sportanlagen entstehen. Das Hallenbad und weitere kommunale Einrichtungen könnten dort gebaut werden.“ Angesichts der Massierung von Industrie- und Verkehrsanlagen in unserem Ballungsraum ist es unverantwortlich, noch mehr Menschen hier anzusiedeln. Von daher ist der vorliegende Antrag interessant. Bedeutet er doch ein Abrücken der CDU von bisher eingenommenen Standpunkten. Aber dieser Antrag schwächt die Position der Stadt in der Startbahn-Frage. Bis zum heutigen Tag bestand Einmütigkeit aller Parlamentarier unserer Doppelstadt in der Ablehnungsfront gegen die Startbahn-West. Solange die Betonpiste noch nicht in Betrieb ist, muß diese Front weiter bestehen. Das Streben nach „machen wir das Beste daraus“, schwächt diese Einigkeit, macht uns unglaubwürdig, erweckt den Eindruck, als wären die Bürger unserer Stadt kaufbar. Doch mit oder ohne Stadtpark bleibt der Lärm (lt. Umweltverträglichkeitsbewertung wird er in Mörfelden-West um das Neunfache zunehmen). Der Erholungswert in einem so beeinträchtigten Stadtpark ist doch sehr zweifelhaft. Das verbietet uns der Stolz und der Charakter, daß wir uns nicht zu Bittstellern dieser Landesregierung und der FAG machen lassen. Die Zielrichtung für die nahe Zukunft muß sein, die abgeholzte Startbahn-Trasse wieder aufzuforsten. Noch ist das Umweltverbrechen teilweise zu reparieren. Rudolf Dötsch



# Wie weiter in Hessen?

Immer mehr Bürger unserer Stadt fragen sich: was soll man denn nun im Herbst wählen?

Die Regierungsparteien kommen nicht in Frage, Dregger würde alles nur noch rigoroser durchführen.

Die DKP ist und bleibt bei ihrer Meinung, es müßte ein breites Wahlbündnis gebildet werden, in dem sich alle Kräfte wiederfinden, die aktiv gegen die Startbahn-West kämpfen.

Es erwies sich in den letzten Wochen, daß immer mehr Mitbürger in verschiedenen Organisationen, Bündnissen und Parteien die Frage diskutierten, wie in wirksamer Weise der anmaßende Vormarsch der CDU gestoppt und die Parteien, die die Landesregierung bilden, daran gehindert werden können, ihre bürger- und arbeiterfeindliche Politik fortzusetzen.

Das Verhalten der im Landtag vertretenen Parteien (SPD, FDP, CDU) hat sich in immer stärkerem Maße als kapital- und rüstungshörig entpuppt. Die Arbeitsplatzvernichtung schreitet fort. Enka, VDM und Adler waren erst der Anfang einer verhängnisvollen Entwicklung. Immer neue Nachrichten über Betriebsschließungen beunruhigen die hessischen Bürger. Besonders die Jugendarbeitslosigkeit, sowie der Bildungs- und Ausbildungsnotstand enttönen die verantwortungslose Regierungspolitik und die an Kapitalinteressen orientierten Weichenstellungen in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft.

## BI sind keine Wählervereinigungen

Ein wichtiger Meilenstein in der Diskussion um ein Wahlbündnis war das Plenum der Bürgerinitiativen in Mörfelden am 10. März, wo 800 Mitglieder von Bürgerinitiativen aus dem Einzugsbereich des Frankfurter Flughafens

die hessischen Landtagswahlen und die Frage des Wahlbündnisses diskutierten. Dabei ging es vor allem um die Frage, ob sich Bürgerinitiativen als Wahlpartei konstituieren sollen. Das Plenum hat in einer von übergroßer Mehrheit getragenen Abstimmung einem Antrag der Mörfelder Bürgerinitiative zugestimmt, der in fünf Punkten das Anliegen der Bürgerinitiativen zum Ausdruck bringt (siehe Kasten). Dieser Antrag weist darauf hin, daß die Bürgerinitiativen völlig zu Recht ihren überparteilichen, unabhängigen und außerparlamentarisch orientierten Kampf betonen und nicht als Organisation einer Wählervereinigung zur Landtags-

## 109 zu 0 gegen den Bürgerwillen

Die Hessische Verfassung, die Plattform für jedweden demokratischen Widerstand, wird in immer stärkerem Maße ausgehöhlt. Als im Hessischen Landtag mit einem Abstimmungsergebnis von 109 zu 0 über die Nichtzulässigkeit des Volksbegehrens entschieden wurde, offenbarte sich die Einheitsfront von Börner, Gries und Dregger. Sie und ihre Fraktionen bildeten mit 109 zu 0 eine Allparteienkoalition gegen den demokratischen Bürgerwillen und gegen die Gebote der Hessischen Verfassung, die Volksentscheid und Volksbegehren ausdrücklich vorsehen.

wahl antreten wollen.

Allerdings weist der Antrag auch auf die Notwendigkeit des gemeinsamen Handelns hin. Er wendet sich gegen den Alleinvertretungsanspruch einer Gruppierung und fordert die unterschiedlichen Gruppen auf, in Verhandlungen einen Konsens zu finden. Diese Entscheidung stellt den in Hessen aktiven Gruppen und Parteien, die bei den hessischen Landtagswahlen eine Beteiligung vorhaben, noch dringender die Aufgabe, jetzt einheitliches Handeln auf der Grundlage eines politischen Minimalprogramms in Gang zu bringen.

Allerdings gibt es gegenwärtig noch einige erschwerende Faktoren, die die Bildung eines Wahlbündnisses behindern. Ein Hindernis ist, daß die Partei der Grünen die Schaffung eines Wahlbündnisses bisher ablehnt. Die Bewegung des Widerstandes gegen die kapital- und rüstungshörige Landespolitik ist aber breiter, als daß sie in der Partei der Grünen allein zu erfassen wäre.

## Minimalprogramm als Grundlage

In Hessen haben sich neben der Partei „Die Grünen“, neben der Gruppe der ausgetretenen und ausgeschlossenen Sozialdemokraten, neben der DKP – alles Parteien und Gruppen, die ihren Willen zur Beteiligung an der Landtagswahl auf die eine oder andere Weise schon zum Ausdruck gebracht haben – viele Einzelpersonlichkeiten, zahlreiche Jugend- und Fraueninitiativen, Gliederungen der evangelischen Kirche und andere ihr prinzipielles Interesse an einem Wahlbündnis ausgesprochen, ohne ihre direkte Mitarbeit anzubieten.

Das läßt darauf schließen, daß die Zustimmung zur Bildung eines Wahlbündnisses zur Zeit breiter ist als der Anspruch auf organisatorische Mitgestaltung dieses Bündnisses.

Die Initiatoren eines Wahlbündnisses könnten nach Lage der Dinge bei einheitlichem Vorgehen damit rechnen, daß ihnen breite Zustimmung entgegengebracht wird. Es gilt, daß alle Strömungen politisch, inhaltlich und personell gemeinsam handeln. Es bedarf nicht der Ausgrenzung und Abgrenzung. Ein Wahlbündnis kann es nur dann sein, wenn es Vertreter aller Strömungen auf der Grundlage eines politischen Minimalprogramms vereinigt.

In diesem Sinn wird die DKP-Hessen ihre Bemühungen um die Schaffung eines demokratischen Wahlbündnisses auf der Grundlage ihres politischen Minimalprogramms fortsetzen.

## Ein Vorschlag

Ein Wahlbündnis müßte sich auf ein Minimalprogramm einigen. Die DKP macht hierzu folgende Anregung:

1. Beendigung des Startbahn-Baus! Für Wiederaufforstung!
2. Gegen das Bonner Atomprogramm!  
Kein Block C in Biblis!  
Keine WAA in Hessen!
3. Keine neuen US-Raketen in Hessen!
4. Gegen Arbeitsplatzvernichtung und Sozialabbau!  
Für das Menschenrecht auf Arbeit!
5. Für die Verteidigung der Hessischen Verfassung – gegen Berufsverbote und Gesinnungsschnüffelei, gegen die Einschränkung der demokratischen Rechte und Freiheiten und des Demonstrations- und Versammlungsrechtes!
6. Gegen Ausländerhetze und Neofaschismus!
7. Gegen die Rotstiftpolitik!
8. Für die Rechte der Jugend und der Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen!

Nach dem „blickpunkt“-Buch „Oktoberstage“ erschien jetzt ein zweites „blickpunkt“-Buch zur Startbahn West mit dem Titel „... und nichts wird vergessen!“

Das Buch beschreibt auf 225 Seiten alle Ereignisse vom 6. Oktober 1981 bis zum heutigen Tag. Auf fast 200 Fotos und Zeichnungen sind die erregenden Tage in unserer Region festgehalten. Viele Mörfelder und Walldorfer Bürger finden sich auf den Fotos wieder. Zahlreiche Autoren, unterschiedlicher Parteien, Schriftsteller, Pfarrer, Aktivisten der Bürgerinitiativen, beschreiben aus ihrer Sicht die Kämpfe gegen die Startbahn West. Das Buch ist geeignet, die Menschen in Nah und Fern mit diesem Problem bekanntzumachen. Es ist ein Buch zum Verschenken und zum Aufheben, denn nichts soll je vergessen werden!



## Mörfelden gestern

*Ein Stück Mörfelder Altstadt war das Haus in der Hintergasse 8 – 10. Wie wir in Erfahrung bringen konnten, wurde es 1689 erbaut. Nach mehreren Besitzern kaufte es 1854 Johann Wilhelm Schwappacher I. und richtete dort eine Schreinerei ein. Danach führten noch zwei Schreinermeister, namens Wilhelm Schwappacher, das Geschäft weiter. Etwa 1970 wurde das Haus abgerissen und auf dem Gelände zwischen Hintergasse und Schafgasse ein Spielplatz eingerichtet. Unser Bild entstand vor rund 60 Jahren und zeigt, an der Haustür stehend, den Meister mit seinem Gesellen.*